

## Detlef Burhoff

---

**Von:** Detlef Burhoff <newsletter@burhoff.de>  
**Gesendet:** Samstag, 23. November 2019 15:51  
**An:** detlef@burhoff.de  
**Betreff:** Newsletter 29/2019 von Burhoff-Online: 20 neuere Entscheidungen online und weiteres "Schnäppchen"

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).



[Blog](#) [Veröffentlichungen](#) [Bücher](#) 2 neu [Rechtsprechung](#) [RVG](#) [Service](#) [Bestellung](#)

**Detlef Burhoff**  
**Rechtsanwalt, Richter am OLG a.D.**

**26789 Leer, den 23.11.2019**

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
hallo lieber Newsletter-Bezieher,*

heute berichte ich über folgende Erweiterungen bzw. Änderungen auf Burhoff online - [www.burhoff.de](http://www.burhoff.de):

Eingestellt worden sind in der letzten beiden Wochen 20 neuere Entscheidungen. Das Schwergewicht liegt im OWi-Bereich, eingestellt sind aber auch mal wieder ein paar Haftentscheidungen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Entscheidungen:

**OWi**  
**Zulassungsrechtsbeschwerde, Fehlen der Urteilsgründe**  
**OLG Düsseldorf, Beschl. v. 08.05.2019 - IV 4 RBs 10/19**

Die Rechtsbeschwerde ist nicht allein deshalb zuzulassen, weil beim tatrichterlichen Urteil die Gründe fehlen.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5333.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5333.htm)

**OWi**  
**Einspruchsverwerfung, Fürsorgepflicht, Terminsverlegung**  
**KG, Beschl. v. 08.10.2019 - 3 Ws (B) 282/19**

Das Recht eines Betroffenen, sich nach §§ 137 Abs. 1 Satz 1 StPO, 46 Abs. 1 OWiG in jeder Lage des Verfahrens des Beistands eines Verteidigers zu bedienen, umfasst vor dem Hintergrund des darin zum Ausdruck kommenden Rechts auf ein faires Verfahren auch die Befugnis, sich im Ordnungswidrigkeitenverfahren von einem gewählten Anwalt seines Vertrauens verteidigen zu lassen.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5328.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5328.htm)

**OWi**  
**Entbindungsantrag, Anwesenheit des Betroffenen, Heranwachsender**  
**OLG Jena, Beschl. v. 11.07.2019 - 1 OLG 131 SsBs 24/19**

Der Antrag des Betroffenen auf Entbindung von der Verpflichtung zum persönlichen Erscheinen in der Hauptverhandlung kann grundsätzlich nicht abgelehnt werden, wenn der Betroffene in seinem Entbindungsantrag die Fahrereigenschaft einräumt und erklärt, weitere Angaben zur Sache in der Hauptverhandlung nicht zu machen. Das gilt auch in einem Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen einen Heranwachsenden im Zusammenhang mit dem Führen eines Fahrzeugs unter Drogen.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5329.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5329.htm)

**OWi**

**Abwesenheitsverhandlung, Sachurteil, Entbindung des Betroffenen  
OLG Brandenburg, Beschl. v. 19.09.2019 - (1 B) 53 Ss OWi 529/19 (314/19)**

Eine Abwesenheitsverhandlung mit Sachurteil kann im Ordnungswidrigkeitenverfahren in Abwesenheit des Betroffenen nur ergehen, wenn der Betroffene von der Pflicht zum Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden ist/war.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5330.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5330.htm)

**OWi**

**Geldbuße, Erhöhung der Regelgeldbuße, Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse  
OLG Hamm, Beschl. v. 10.07.2019 - III-3 RBs 82/19 OLG Hamm**

1. Zur Erhöhung der Regelgeldbuße bei einer geringfügigen Ordnungswidrigkeit.
2. Das Einkommen des Betroffenen kann im Wege der Schätzung ermittelt werden, wenn eine hinreichende Schätzgrundlage zur Verfügung steht; wesentliches Kriterium ist der ausgeübte Beruf des Betroffenen.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5331.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5331.htm)

**OWi**

**Absehen vom Fahrverbot, qualifizierter Rotlichtverstoß, Urteilsgründe  
OLG Brandenburg, Beschl. v. 01.07.2019 – (1 B) 53 Ss-OWi 353/19 (210/19)**

Zu den Anforderungen an die Urteilsgründe beim Absehen vom Fahrverbot wegen eines qualifizierten Rotlichtverstoßes.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5332.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5332.htm)

**OWi**

**Fahrverbot, Beharrlicher Verstoß, Bedeutung des Zeitmoments  
BayObLG, Beschl. v. 17.07.2019 - 202 ObOWi 1065/19**

1. Dem Zeitmoment kommt für die Wertung eines Pflichtenverstoßes als beharrlich außerhalb eines Regelfalls i.S.v. § 25 Abs. 1 Satz 1 2. Alt. StVG insoweit entscheidende Bedeutung zu, als sowohl der Zeitablauf zwischen dem jeweiligen Rechtskrafteintritt als auch zwischen den Tatzeiten zu berücksichtigen ist. Daneben sind insbesondere Anzahl, Tatschwere und Rechtsfolgen der früheren und im Entscheidungszeitpunkt noch verwertbaren Verkehrsverstöße zu gewichten.
2. Im schriftlichen Verfahren nach § 72 OWiG müssen die den Beharrlichkeitsvorwurf rechtfertigenden Vorahndungen noch im Zeitpunkt des Beschlusserlasses verwertbar sein.
3. Sind seit Rechtskraft der letzten noch verwertbaren Vorahndung fast vier Jahre vergangen, steht dies der Wertung eines dem Regelfall eines beharrlichen Pflichtenverstoßes im Sinne von § 25 Abs. 1 Satz 1 2. Alt. StVG i.V.m. § 4 Abs. 2 Satz 2 BKatV gleichzusetzenden Verstoßes auch dann regelmäßig entgegen, wenn der damalige Verstoß als mit 2 Punkten bewehrte besonders verkehrssicherheitsbeeinträchtigende“ Verkehrsordnungswidrigkeit mit einem Regelfahrverbot geahndet wurde.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5319.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5319.htm)

**OWi**

**Absehen von Regelfahrverbot, Opportunitätserwägungen  
BayObLG, Beschl. v. 06.05.2019 - 201 ObOWi 276/19**

Dem Opportunitätsgedanken sind insbesondere in den Fällen eines nach der Vorbewertung des Verordnungsgebers über die §§ 24, 25 Abs. 1, 1. Alt., 26a StVG i.V.m. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 BKatV tatbestandlich einen groben Pflichtenverstoß indizierenden Verstoßes Grenzen gesetzt. Denn die in diesem Bereich ansetzende und von den Rechtsbeschwerdegerichten zu überwachende Bindung der Sanktionspraxis ist Ausdruck einer allgemein anerkannten Anwendungsschranke des Opportunitätsgrundsatzes, nämlich der gerade im Straßenverkehrsrecht anzustrebenden Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer und damit der Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit staatlichen Reaktionshandelns, von der nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden darf.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5318.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5318.htm)

## **OWi**

### **Absehen vom Fahrverbot, drohender Arbeitsplatzverlust, Urteilsanforderungen BayObLG, Beschl. v. 31.07.2019 - 202 ObOWi 1244/19**

1. Hat die Staatsanwaltschaft nicht an der Hauptverhandlung teilgenommen und zuvor auch keine schriftliche Urteilsbegründung beantragt, beginnt für sie die Rechtsbeschwerdeeinlegungsfrist mit Zustellung der Entscheidungsformel, wenn das Amtsgericht mangels eines Rechtsmittels des Betroffenen von einer schriftlichen Urteilsbegründung absehen durfte. Die Zustellung tritt dann als Form der Bekanntmachung gemäß § 46 Abs. 1 OWiG i.V.m. § 35 Abs. 2 Satz 1 StPO an die Stelle der mündlichen Urteilsverkündung.
2. Nach fristgerechter Fertigung der nachträglichen Urteilsgründe gemäß § 77b Abs. 2 OWiG wird durch Zustellung des mit Gründen versehenen Urteils für die an der Hauptverhandlung nicht teilnehmende Staatsanwaltschaft die Rechtsbeschwerdebegründungsfrist in Lauf gesetzt.
3. Stützt sich der Tatrichter für seine Überzeugung vom Vorliegen eines das Absehen vom Fahrverbot rechtfertigenden Härtefalls auf eine schriftliche Bestätigung des Arbeitgebers, ist deren Inhalt zumindest sinngemäß im Urteil derart wiederzugeben, dass dem Rechtsbeschwerdegericht eine hinreichende Überprüfung ermöglicht ist. Darüber hinaus besteht in aller Regel Anlass, deren Stichhaltigkeit kritisch zu überprüfen und das Ergebnis im Urteil darzustellen. Um das Vorliegen einer bloßen Gefälligkeitserklärung auszuschließen, wird regelmäßig die Vernehmung des Arbeitgebers, seines Personalverantwortlichen oder des sonstigen Ausstellers veranlasst sein.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5320.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5320.htm)

## **StGB/Nebengebiete**

### **Filmen von Polizeibeamten, Nichtöffentlichkeit, faktische Öffentlichkeit, Verhältnismäßigkeit LG Kassel, Beschl. v. 23.09.2019 - 2 Qs 111/19**

Die bei einer Unterredung im Rahmen einer polizeilichen Personenkontrolle gesprochenen Worte sind grundsätzlich nicht an die Allgemeinheit gerichtet, also nicht für einen über einen durch persönliche und sachliche Beziehungen abgegrenzten Personenkreis hinausgehenden Hörerkreis bestimmt. Allerdings kann das Vorhandensein einer sogenannten faktischen Öffentlichkeit der Nichtöffentlichkeit des gesprochenen Wortes entgegenstehen.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5321.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5321.htm)

## **StGB/Nebengebiete**

### **Entziehung der Fahrerlaubnis, Aufhebung der Sperrfrist, Nachschulung AG Schmallenberg, Beschl. v. 29.07.2019 - 5 Cs-180 Js 97/19-33/19**

Zur Aufhebung der Sperrfrist für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis wegen erfolgreicher Teilnahme an einer Nachschulung.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5322.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5322.htm)

## **Haftfragen**

### **Maßregelvollzug, Bezug von Alkohol, Sekt, alkoholfreies Bier OLG Celle, Beschl. v. 21.09.2018 - 3 Ws 205/18 (MVollz)**

1. Der Besitz und Erwerb von alkoholfreiem Bier und Sekt kann im Maßregelvollzug auch bei nicht suchtgefährdeten Patienten beschränkt werden.
2. Die Beschränkung kann erforderlich sein, wenn aufgrund von unkontrollierter Weitergabe oder des Konsums dieser Getränke in Gegenwart von suchtgefährdeten Personen die abstrakt generelle Gefahr besteht, dass aufgrund des Aussehens und Geschmacks das Therapieziel (hier: Befreiung vom Hang) durch suchtauslösende Reize gefährdet wird.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5324.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5324.htm)

## **Haftfragen**

### **Rechtsbeschwerde, Strafvollzug, audiovisuelle Einlegung BayObLG, Beschl. v. 06.08.2019 - 203 StObWs 892/19**

Die Einlegung der Rechtsbeschwerde gem. § 116 StVollzG zu Protokoll der Geschäftsstelle im Wege der audiovisuellen Übertragung ist nicht gesetzlich geregelt. Dies steht ihrer Zulässigkeit indes nicht entgegen.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5325.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5325.htm)

## **Zivilrecht**

### **Verkehrsunfall, Geschwindigkeitsüberschreitung, Mithaftung OLG Saarbrücken, Urt. v. 14.03.2019 – 4 U 112/17**

Die Annahme der Ursächlichkeit einer Geschwindigkeitsüberschreitung eines Pkw-Fahrers für eine Kollision mit einem aus einer Grundstückseinfahrt in die Fahrbahn einfahrenden Pkw erfordert die Feststellung, wann der Pkw unter Berücksichtigung des Zeitpunkts der Reaktionsaufforderung, der Reaktions- und Bremseschwellzeit und des Bremsweges (frühestens) hätte zum Stehen kommen können.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5317.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5317.htm)

## **Zivilrecht**

### **Unfall in der Waschstraße, beim Betrieb OLG Koblenz, Beschl. v. 05.07.2019 – 12 U 57/19**

Wird ein Schaden an einem Pkw zu einem Zeitpunkt verursacht, wenn sich der Pkw des Schadensverursachers noch auf dem Förderband einer Waschstraße befindet, somit der Transportvorgang der Waschstraße noch nicht beendet war, scheidet eine Haftung nach § 7 StVG aus.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5316.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5316.htm)

## **Zivilrecht**

### **Überholerunfall, Sichtbehinderung, Haftungsverteilung LG Saarbrücken, Urt. v. 11.01.2019 – 13 S 142/18**

Zur Haftungsverteilung beim Überholen vor einer Einmündung trotz eines Sichthindernisses.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5315.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5315.htm)

## **Zivilrecht**

### **Nichteheliche Lebensgemeinschaft, Schutzpflichten LG Köln, Urt. v. 09.05.2019 - 8 O 307/18**

Der Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft muss sich nicht um das Kfz seines Partners

kümmern, wenn dieser es in einem Gefahrenbereich abgestellt hat.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5314.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5314.htm)

#### **Gebühren**

**Dokumentenpauschale, Erhalt von Telefaxsendungen, Ausdruck  
VG Dresden, Beschl. v. 21.08.2019 - 12 K 2345/16.A**

Für den Erhalt von Telefaxsendungen kann der Rechtsanwalt grundsätzlich keine Dokumentenpauschale erheben. Etwas anderes kann gelten, wenn eine per Computerfax übermittelte Behördenakte mehr als 170 Seiten umfasst. Die Übermittlung und der Empfang einer vollständigen Behördenakte entspricht insoweit nicht der üblichen Nutzung eines Faxgerätes.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5327.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5327.htm)

#### **Gebühren**

**Pauschgebühr, Zeugenbeistand, Unzumutbarkeit  
BVerfG, Beschl. v. 22.07.2019 - 1 BvR 1955/17**

Zur (Nicht)Gewährung einer Pauschgebühr für einen Zeugenbeistand, der an einer Vernehmung des Zeugen, die an drei Hauptverhandlungsterminen über etwa 9,5 Stunden stattfand, teilgenommen hat.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5310.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5310.htm)

#### **Gebühren**

**Verfahrensgebühr für das Rechtsmittelverfahren, zusätzliche Verfahrensgebühr, Rücknahme der  
Revision der Staatsanwaltschaft  
LG Dresden, Beschl. v. 06.05.2019 - 15 Qs 30/19**

Zum Entstehen der Verfahrensgebühren Nrn. 4130, 4141 VV RVG, wenn die Staatsanwaltschaft ihr Rechtsmittel vor Begründung zurücknimmt.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5311.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5311.htm)

Im **Werbeblock** weise ich dann zunächst auf eine weitere "Neuerscheinung" hin:

DER ZAP-Verlag erweitert seine **Sonderaktion**. Ab Dezember gibt es auch von **Burhoff, Handbuch für die strafrechtliche Hauptverhandlung, 9. Auflage**, in einer **Sonderaktion** sog. Mängel Exemplare.

Dabei handelt es sich in der Regel um Bücher aus sog. Retouren, die aufgrund der Rücksendung nicht mehr als "1a-Ware" verkauft werden können. In den Büchern steht alles drin, sie haben nur ggf. kleinere **Beschädigungen** am Einband, keinen Schutzumschlag mehr usw.

Die Bücher werden dann **preisreduziert** verkauft, und zwar für 89,90 EUR, anstatt des regulären Preises. Also immerhin eine Ersparnis von über 30 EUR/Exemplar. Da sollte man ggf. zuschlagen.

Der Verkauf beginnt im Dezember 2019. Man kann die Bücher natürlich bei mir (vor)bestellen. Die Anzahl der Exemplare ist begrenzt, so dass der Satz gilt: Wer zuerst kommt, der mahlt zuerst. Oder: **Schnäppchen sichern**.



© Pico – Fotolia.com

**Vorbestellen** kann man dann hier:



Derzeit gibt es beim ZAP-Verlag eine **Sonderaktion** geben. Und zwar werden vom Verlag die inzwischen von **Burhoff, Handbuch für das strafrechtliche Ermittlungsverfahren, 8. Auflage, 2019**, angefallenen **Mängel Exemplare** verkauft. Dabei handelt es sich in der Regel um Bücher aus sog. Retouren, die aufgrund der Rücksendung nicht mehr als "1a-Ware" verkauft werden können. In den Büchern steht alles drin, sie haben nur ggf. kleinere Beschädigungen am Einband, keinen Schutzumschlag mehr usw.

Die Bücher werden nun **preisreduziert** verkauft, und zwar für 96,90 EUR, anstatt des regulären Preises. Also immerhin eine Ersparnis von über 30 EUR/Exemplar. Da sollte man ggf. zuschlagen.

Der Verkauf ist inzwischen angelaufen. Man kann die Bücher natürlich auch bei mir bestellen. Die Anzahl der Exemplare ist begrenzt, so dass der Satz gilt: Wer zuerst kommt, der mahlt zuerst. Oder: **Schnäppchen** sichern.

**Bestellen** kann man dann hier:



Und dann: **Burhoff/Grün**, Messungen im Straßenverkehr, der Klassiker zu den Messverfahren, kommt im Laufe des **November** in der 5. Auflage **neu**. Es dauert also nicht mehr lange, bis das Werk vorliegt.

Und wer sich um nichts mehr kümmern müssen will, der **bestellt** die **Neuaufgabe** am besten gleich vor. Preis ca. 104 EUR. Hier geht es dann





Und dann **noch** folgende weitere Hinweise:

Zunächst auf die "regulären" Ausgaben von

**Burhoff, Handbuch für das strafrechtliche Ermittlungsverfahren, 8. Aufl., 2019**

und auf

**Burhoff, Handbuch für die strafrechtliche Hauptverhandlung, 9. Aufl., 2019**

meine beiden Klassiker.

Die sind im Herbst 2018 erschienen.

Der Verlag hat die Bücher zusammengefasst in einem "Strafrechtspaket 1". Beide Bücher kosten in diesem Paket zusammen nur 199 €. **Ersparnis 49 €** gegenüber dem Einzelbezug.

Außerdem gibt es ein "**Komplettpaket Strafverteidiger**" für 299 €. Das besteht aus den Handbüchern Ermittlungsverfahren, Hauptverhandlung, Rechtsmittel und Nachsorge; bei diesem Paket ergibt sich gegenüber der Einzelbestellung eine **Ersparnis** von **177 €**.

Zu den beiden Handbüchern "Hauptverhandlung" und "Ermittlungsverfahren" gibt es inzwischen **Rezensionen**, die Sie [hier](#) finden. Sie enthalten eine klare **Kaufempfehlung**, was mich als Autor natürlich - wie immer - freut.

Die Bestellung der Werke ist dann **hier möglich**:



Und dann auch noch einmal der Hinweis auf weitere meiner Werke mit zum Teil **Preisabschlägen** von **30 %** auf **Mänglexemplare**:



Das **Burhoff Paket 2**, bestehend aus "Handbuch für die strafrechtliche Nachsorge" und "Handbuch für die strafrechtlichen Rechtsmittel und Rechtsbehelfe, 2. Aufl.

Preis regulär 189,00 EUR, Preis als **Mängelexemplar nur 132,00 EUR**

Die beiden Bücher gibt es auch einzeln als Mängelexemplar.



**"Burhoff (Hrsg.), Handbuch für das straßenverkehrsrechtliche OWi-Verfahren, 5. Aufl., 2018"**, der "Klassiker" im OWi-Verfahren.

Gegenüber der 4. Auflage natürlich vollständig überarbeitet und erweitert und selbstverständlich mit der aktuellen Rechtsprechung und der neuen Gesetzeslage, wie z.B. den Neuerungen bei § 2 Abs. 3a StVO, den (voraussichtlichen) Änderungen bei § 23 Abs. 1a StVO, und den sich ggf. aus dem „Gesetz zur praxistauglicheren und effektiveren Ausgestaltung des Strafverfahrens“ ergebenden Änderungen.

Preis 129,00 EUR, derzeit auch als **Mängelexemplar** lieferbar



[Zum Bestellformular](#)

**Der RVG-Kommentar**

"Burhoff/Volpert, RVG Straf- und Bußgeldsachen, 5. Aufl. 2017",

Preis regulär: **129,00 EUR**, Preis als **Mängelexemplar 89,90 EUR**

[Zum Bestellformular](#)







Und dann mal ein wenig weg vom Straf- und Bußgeldverfahren, oder: Auch andere Mütter haben schöne Töchter.

Und das ist bei mir mein "**Vereinsrecht**", das inzwischen in der 10. Aufl. erschienen ist. Es war mal gedacht für Vereinsmitglieder und Vereinsvorstände. Inzwischen wird es aber auch von Rechtsanwälten und (sogar) Notaren genutzt. Beim vorstehenden Link sind dann auch Leseproben eingestellt und auch die Rezensionen.

**Preis: 59,90**

Zur Bestellung dann hier beim

**Bestellformular**

---

Beim [Bestellformular](#) kann man auch meine **übrigen Werke** - und natürlich auch Buchexemplare, die ggf. nicht Mängel Exemplare sind, bestellen oder vorbestellen. Ich gehe, wenn nichts anderes vermerkt ist, bei eingehenden Bestellungen aber davon aus, dass Mängel Exemplare gewünscht sind, wenn die angeboten werden. Ich bitte um Verständnis, dass für die Lieferungen aus den Sonderangeboten **kein Rückgaberecht** besteht.

***Mit besten Grüßen***

***Rechtsanwalt Detlef Burhoff, RiOLG a.D.***

Wenn Sie diese E-Mail (an: [detlef@burhoff.de](mailto:detlef@burhoff.de)) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

RiOLG a.D.  
Rechtsanwalt Detlef Burhoff,  
Nessestraße 26  
26789 Leer  
Deutschland

049197673846  
[newsletter@burhoff.de](mailto:newsletter@burhoff.de)